

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Auf dem Wege in Alices Wunderland?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1971) : Auf dem Wege in Alices Wunderland?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 3, pp. 111-113

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134232>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

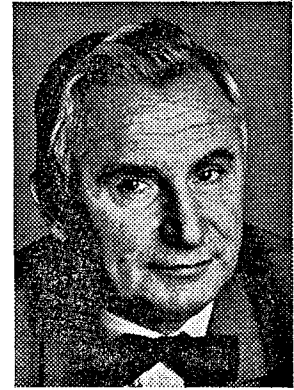
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

„Je eindringlicher die Liberalen dem Überraschungseind auf der Linken Waffenstillstand und Verhandlungen anbieten, desto gnadenloser deckt dieser ihre Neurosen auf.“ (James Burnham)



Heinz-Dietrich Ortlieb

Auf dem Wege in Alices Wunderland?

Wer heute noch wagen sollte, die rüden Formen zu kritisieren, in denen seit einigen Jahren Apos und Jusos – moralisch unterstützt von verunsicherten Etablierten aller Jahrgänge – ihre Kritik an den „kapitalistischen“ Verhältnissen in der Bundesrepublik vorgebracht haben, dem wird sehr schnell bedeutet: Immerhin wäre dadurch doch etwas in Bewegung geraten. Ob das, was da in Bewegung geraten ist, zum Guten oder zum Bösen führt, darf gar nicht mehr gefragt werden, obwohl doch erst das die Frage ist, auf deren Beantwortung es allein ankommen kann.

Schon dieser gedankliche Kurzschluß läßt einen allgemeinen Mentalitätswandel erkennen, der bedenklich stimmen muß: Eine zunehmende Neigung, fort von klaren Unterscheidungen zwischen Billigkeit und Unbilligkeit, zwischen Recht und Unrecht, vor allem aber zwischen Möglichem und Unmöglichem – hin zu einem vagen, von Wunschvorstellungen getragenen Solidarismus und Gruppenegoismus. Diese Neigung ist begleitet von einem Hang zum rein assoziativen Denken in Klischeevorstellungen, die geistige Bequemlichkeit und mangelhafte Informiertheit über unsere komplexe Welt vermuten lassen, auf jeden Fall aber jede differenzierende Bewußtheit und jedes distanzierte Selbstverständnis ausschließen. Nichtsdestoweniger glaubt man optimistisch, ein verstärktes kritisch geistiges und politisches Engagement als Zeiterscheinung feststellen zu können. Ein solcher Optimismus muß unvermeidlich in die Irre führen.

Nicht, daß es heute an Grund zu berechtigter Kritik fehlte. Wahrscheinlich sind unsere Unterlassungssünden in den Jahren des Wiederaufbaus viel größer gewesen, als wir uns je träumen ließen, obwohl wir sicherlich nicht alles ernst nehmen dürfen, was tagtäglich von Gruppen, Grüppchen und Einzelpersonen an Nachholbedarf mehr oder weniger demonstrativ angemeldet wird. Aber selbst wenn diese Bedarfe allesamt voll und ganz berechtigt wären, dürfte niemand erwarten, daß sie auch alle erfüllt werden könnten, und gar noch alle gleichzeitig. Gerade dann müßte den politischen Instanzen freie Hand gegeben werden, Prioritäten zu setzen, um nach einem halbwegs vernünftigen Plan das Versäumte nachzuholen. Auch wenn man nur zu berechtigten Anlaß hat, Regierungen und Parlamenten nicht allzu viel Weisheit zuzutrauen, kann man nicht annehmen, daß ein ständiger politischer Grabenkampf um Prioritäten, der immer wieder bereits getroffene Entscheidungen zu Fall bringt und damit Abstimmungen einzelner Projekte aufeinander unmöglich macht, eine gangbare Lösung darstellt. Doch genau darauf läuft heutzutage die unvernünftige Praxis hinaus.

Der Vogel der Irrationalität wird jedoch abgeschossen, wenn in einer solchen Situation, die von allen Beteiligten mehr Leistung denn je erfordert, von den Avantgardisten unter den Kritikern behauptet wird, darauf komme es gar nicht an,

das sei nur die fixe Idee von Technokraten. Fast will es scheinen, als glaube man, die Naturgesetze außer Kraft setzen und ein Leben wie in „Alices Wunderland“ verwirklichen zu können. Nulltarif im Stadtverkehr plus Ausbau der Bundesstraßen, Mietstopp plus Städtesianierung, Bekämpfung von Verschmutzung und von Vergiftung der Umwelt plus Verbesserung der Krankenversorgung und last not least der totale Um- und Ausbau unseres Erziehungs- und Bildungswesens – dies alles kombiniert mit Verlängerung der Ausbildungszeit und Herabsetzung des Rentenalters und der Arbeitszeit, mit Verminderung der Leistungskontrollen und Leistungsansprüche und schließlich mit der Demokratisierung aller Institutionen, wodurch jedem die Möglichkeit gegeben werden soll, sich auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens für die Berücksichtigung seiner Wunschvorstellungen und seiner persönlichen Bequemlichkeiten einsetzen zu können.

Die Progressoren, die sich ein solches Märchenland als Leitbild auf ihre Fahne schreiben, haben ihre Aktivitäten inzwischen von der bundesweiten auf die kommunale Ebene verlagert, um mit konkreteren Versprechungen besser an die Wähler heranzukommen, deren Stimmen sie für ihre eigene politische Karriere brauchen. So war es nicht zufällig, daß innerhalb der SPD gerade ein so realistischer Kommunalpolitiker wie der Münchener Oberbürgermeister Vogel glaubte, sein unmißverständliches Veto einlegen zu müssen.

Wir haben in dieser Zeitschrift immer davor gewarnt, in der seit einigen Jahren üblich gewordenen linksintellektuellen „Systemkritik“ eine politische Gegenbewegung gegen die Versäumnisse der Vergangenheit zu sehen, die fortschrittliche Lösungen möglich macht. Diese Kritik hat eine Fortführung unserer Gefälligkeitsdemokratie bewirkt, die nun völlig ins Absurde geht. Das gilt sowohl für die Kritik selbst als auch für die Resonanz, die sie findet. Mit problematischen Wahlversprechungen begann schon Adenauer. Erhard verhinderte mit großem Erfolg jedes planende Vorausschauen und daß es erst gar nicht üblich wurde, entstehende Zielkonflikte rechtzeitig zu erkennen.

Dies schien so vorzüglich zu klappen, daß auch die SPD ihre Oppositionsaufgabe vergaß und darauf verzichtete, gegen den Zweckoptimismus der Regierungsparteien mit einer realistischeren Gegenrechnung anzutreten. Spätestens seit 1960 hätte sie sonst voraussagen können und müssen, was sich da als Berg unerledigter öffentlicher Aufgaben und Reformen vor uns auftürmte. Doch unter dem Einfluß Wehners erschienen der SPD-Führung die westdeutschen Bundesbürger nicht mit unangenehmen Wahrheiten belastbar zu sein,

wenn Sozialisten auch auf Bundesebene regierungsfähig werden wollten. Die nächste Chance, die potentiellen Wähler mit der Wirklichkeit zu konfrontieren, bot sich beim Start der großen Koalition. Die alte Regierungspartei mochte sich jedoch nicht zu ihren Unterlassungssünden bekennen, und die neue war so erpicht darauf, ohne Verzögerung an der Bundesmacht teilzunehmen, daß es ihr nicht einfiel, eine realistische Inventur zu erzwingen.

Als 1969 die kleine Koalition die Regierung übernahm, hätte ihr sozialistischer Kanzler die letzte Chance gehabt, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, ohne dabei das Gesicht zu verlieren. Er hätte Inventur ohne Beschönigung machen und an alle Staats- und Wirtschaftsbürger appellieren können, für einige Jahre alle Gruppeninteressen zurückzustellen, um endlich die vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben in Angriff zu nehmen. Er hätte dann allerdings von allen verlangen müssen, den Gürtel enger zu schnallen. Weshalb er dies nicht tat – aus alter Angst vor der Reaktion der Wähler, mit Rücksicht auf die Schwäche der kleinen Koalition oder aus mangelnder Einsicht in die wirkliche Lage – mag dahingestellt bleiben. Das dritte scheint das Wahrscheinlichste, sonst wäre nicht zu verstehen, „daß eine Regierung ausgerechnet in einer Situation, die sie vor solche Probleme stellt, es obendrein zu ihrer vornehmsten Aufgabe machte, gleichzeitig den Demokratisierungsprozeß voranzutreiben. Denn Demokratisierung – was immer man darunter im einzelnen verstehen mag – bedeutet stets, daß noch mehr Menschen als bisher mit ihren partiellen Interessen, Voreingenommenheiten und ihrem mangelnden Sachverständnis mitreden, ja mitentscheiden sollen, daß sie billigen sollen, was sie häufig ganz und gar nicht mögen. – Heißt das nicht, unsere ungelösten Aufgaben noch unlösbarer zu machen? Muß nicht der Verdacht aufkommen, daß dies nur eine sich ‚idealistisch‘ gebärdende Variation jener Gefälligkeitsdemokratie ist, an der die CDU-Regierung einstmals scheiterte? Oder weicht man gar in den Demokratismus aus, weil man sowieso nicht weiß, wie man mit der Koordination der Reformen fertig werden soll?“ (vgl. WD 12, 1969, S. 676).

Demokratisierung ist eine gute Sache, die zu einer „mündigen Gesellschaft“ (Schiller) führen kann, wenn sie auf Staats- und Wirtschaftsbürger trifft, die genügend informiert und gebildet sind, um das Mögliche vom Unmöglichen zu unterscheiden, und die genügend erzogen sind, um nicht immer nur ihre kurzfristigen Vorteile und Bequemlichkeiten im Auge zu haben. Demokratisierung muß für eine freiheitliche Gesellschaft wie der unseren aber existenzgefährdend werden und geradewegs einen totalitären Umschlag heraufbeschwören,

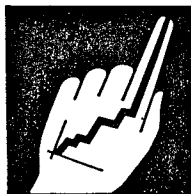
wenn es sich um Menschen handelt, denen von machtbehafteten Parteien bewußt eine schwer durchschaubare Welt obendrein verschleiert worden ist. Taucht dann zu allem Überfluß eine sich intellektuell überlegen gebärdende Minderheit auf, die den Finger zwar auf die schwachen Stellen legt, aber daraus mit unrealistischen Forderungen die falschen Konsequenzen zieht, so muß die Verwirrung vollständig werden. Dann kann diese Minderheit neurotisch verwirrter Figuren den Marsch durch die Institutionen zur Macht antreten, indem sie berechnete Kritik an einer vorgegaukelten „heilen Welt“ zu einer Zelebrierung der Welt des Unheils und des totalen Mißtrauens macht, indem sie den berechtigten Kampf gegen autoritären Machtmißbrauch in ein Recht aller verwandelt, sich jeder sozialen Verpflichtung zu entziehen, und indem sie damit der Lösung der anstehenden Gemeinschaftsaufgaben völlig den Boden der Realisierungsmöglichkeiten entzieht.

Die Propagierung der totalen anarchistischen Freiheit ist das Zuckerbrot, mit dem man die von

unserer Gefälligkeitsdemokratie verwöhnten Bürger in ein totalitäres Wunderland zu locken sucht. In diesem Lande werden aber sehr viel härtere soziale Gesetze gelten als in unserer so unzulänglichen Demokratie. Auch dort wird das Wasser immer noch bergab fließen; wenn es aber bergauf gepumpt werden soll, bedarf dies auch dort der Beachtung der Naturgesetze und überdies noch besonderer Anstrengungen, an die weder wir Bundesbürger noch unsere linken Kritiker von Schicksals Gnaden gewöhnt sind. — Welche Hoffnung bleibt aber noch, wenn in dieser Situation ein Kanzler von dem moralischen Ansehen eines Willy Brandt jene Anhänger von Alices Wunderland für diskussionswürdige Partner hält und sie damit auch den Bundesbürgern als ernst zu nehmende Führer für die Zukunft empfiehlt. Er täte besser daran, sich das Wort seines Parteifreundes Vogel zu Herzen zu nehmen: „Keiner kann... von mir verlangen, daß ich mich als Aushängeschild für Kräfte benutzen lasse, deren Weg ich für verderblich halte.“

Der Plan nach oben:

Erfolgssystem 100



Ihr Vermögensplan

Geld anlegen konnten Sie immer schon. Aber jetzt gibt es den Plan, mit dem Sie systematisch Ihr Vermögen bilden werden:

Das Erfolgssystem 100 ist da. Ihr Plan nach oben. Mit ihm fließen Ihnen jetzt alle vermögenswirksamen Leistungen von Staat und Wirtschaft zu. Und Sie sind — wenn Sie es wollen — gewinnbeteiligt an der wachsenden deutschen und internationalen Industrie.

14 Möglichkeiten der Geldanlage erlauben Ihnen die individuelle Auswahl: Sie können barsparen oder auch mit

Aktien- und Rentenfonds des In- und Auslands und mit Immobilienfonds Vermögen bilden.

„Gewußt wie“ ist das Erfolgsrezept der Vermögensbildung. Deshalb gehört zum Erfolgssystem 100 die ständige Information und Beratung der Deutschen Bank. Und die neue Kundenzeitung „geld von a bis z“, die Ihnen regelmäßig und kostenlos wertvolle Empfehlungen gibt. Zur besten Nutzung aller Chancen für Ihre Vermögensbildung.

Steigen Sie in diesen Plan nach oben ein. Die nächste Deutsche Bank ist gleich in Ihrer Nähe.

DEUTSCHE BANK